

## Vorwort

"Es geht aufwärts", titeln die Wirtschaftsseiten deutschsprachiger Tageszeitungen Mitte August 2009 und meinen zarte Wachstumstendenzen im 2. Quartal gegenüber dem 1. Quartal ausmachen zu können. Die Menschen in Osteuropa lesen solche Titelzeilen seit zwanzig Jahren, seit mit dem Fall von Mauer und Stacheldraht im Herbst 1989 das Versprechen auf eine postkommunistische, bessere Zukunft gegeben worden war. Glauben schenken sie den rhythmisch lancierten Jubelmeldungen indes immer weniger. Dies liegt einerseits an der fehlenden sozialen Komponente makroökonomischer Statistiken bzw. am von diesen nicht wiedergegebenen Klassencharakter der Gesellschaften. Denn soviel war bald auch dem eingefleischtesten Antikommunisten klar: Wirtschaftliches Bergauf bzw. Bergab gilt nicht für alle gleichermaßen.

Andererseits folgten auch die jeder sozialen oder regionalen Differenz entkleideten Auf- bzw. Abschwungsdaten in den vergangenen zwanzig Jahren eher dem Lauf einer Achterbahn als der immer wieder postulierten Aussicht auf kontinuierliches Wachstum. Das absolut schwarze Jahrfünft nach 1989 ertrugen die meisten noch in der Hoffnung, damit Tribut an die Spätfolgen des Komunesystems leisten zu müssen. Der leichte Aufschwung zwischen 1995 und 2007 war dann nicht nur durch den die Politik der Kollektiventeignung und des Ausverkaufs von Boris Jelzin beendenden Rubel-Crash 1998 unterbrochen, der auch auf die Ökonomien Osteuropas durchschlug, sondern gleichzeitig stark geprägt von der Zurichtung der östlichen Volkswirtschaften auf den Bedarf der Global Players im Westen. IWF-Strukturanpassungsprogramme und Maastricht-Kriterien formten die späteren EU-Mitglieder wirtschafts- und sozialpolitisch vollständig um.

Der tiefe Fall des Jahres 2008 wurde von zwischenzeitlich vollständig transformierten Medien und Politikern als eine Art Naturkatastrophe dargestellt, die wie ein Tornado vom Westen kam und den Aufbau Ost zunichte machte. Nur wenige kritische Geister erkannten darin die Systematik kapitalistischer Kri-

senanfälligkeit, die nun auch in den Wirtschafts- und Finanzzentren der Welt eine riesige Blase zum Platzen gebracht hatte.

### Begriffsklärung

"Osteuropa" steht im vorliegenden isw-Sonderheft für die ehemaligen europäischen Mitgliedsländer des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) sowie für die Ex-Republiken Jugoslawiens. Ihnen gilt das Hauptaugenmerk in diesem Band.

Russland und die zerfallene Sowjetunion nehmen aus mehreren Gründen eine Sonderstellung ein. Schon der Entwicklungsverlauf von Transformation und Kapitalisierung verlief anders, weil ökonomische Konzentrationsprozesse hier dazu geführt haben, dass sich gesellschaftlicher Reichtum in den Händen weniger einheimischer Wendegewinner, später so genannter Oligarchen, bündeln konnte. Auch das Phänomen der Kapitalflucht ist ein spezifisch "postsowjetisches", das im übrigen Osteuropa nur in geringerem Ausmaß vorgekommen ist. Und: westliches Kapital kam in Russland, der Ukraine und Belarus (sowie Moldawien/Transnistrien) deutlich weniger zum Zug als in den anderen osteuropäischen Staaten. Die Ausnahmen bilden die drei baltischen Republiken, die sich frühzeitig aus der Sowjetunion lösten und mit westlicher Hilfe dem Einflussbereich Moskaus entkamen.

Statistiken und Beispiele beziehen sich in der Hauptsache auf die zehn osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn, Slowenien, Rumänien und Bulgarien. Kroatien als konkreter EU-Aufnahmekandidat wurde in manche Schlussfolgerung miteinbezogen, Russland und die Ukraine als Vergleichsbasis genommen. Belarus habe ich weitgehend ausgeklammert, läuft doch seine wirtschaftliche und soziale Entwicklung (gemeinsam mit derjenigen von Transnistrien) auf gänzlich anderen, nicht von den Vorgaben internationaler Organisationen wie EU, NATO, Weltbank und IWF abhängigen Schienen. Ein eigener Beitrag zum sehr speziellen Fall von Transnistrien ist im Jahr

2006 erschienen.<sup>1</sup> Das von keinem Land der Welt anerkannte Transnistrien liegt jenseits des Dnestr und wird von Moldawien territorial beansprucht. Hervorgegangen ist die seit 1991 bestehende de facto-Unabhängigkeit des 600.000 EinwohnerInnen zählenden Landes aus der Revolte sowjetischer Betriebsleiter mit ihrer großteils russischen Belegschaft gegen die rumänisch-nationale "Wiedergeburt" Moldawiens.

Im übrigen basiert dieses isw-Sonderheft auf den Grundaussagen des Buches "EU-Osterweiterung. Historische Basis – ökonomische Triebkräfte – soziale Folgen".<sup>2</sup> Sämtliche Daten wurden aktualisiert und insbesondere die neuesten Studien des "Wiener Instituts für internationale Wirtschaftsvergleiche" zur Analyse der aktuellen Situation herangezogen.

### Aufbau des Heftes

Die Krise in Osteuropa ist kein neues Phänomen. Auf dieser Erkenntnis aufbauend bildet das Jahr 1989 jene Zäsur, die hier zum Ausgangspunkt der Betrachtung genommen wird. Die Wende in Osteuropa, der 1991 die Auflösung des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe und der Sowjetunion folgte, war der absolute Tiefpunkt einer Fehlentwicklung – auch ökonomisch betrachtet. Der fluchtartige Rücktritt einer maroden und diskreditierten politischen Klasse setzte einen Schlusspunkt hinter zwanzig Jahre lang betriebenes, vergebliches Krisenmanagement. Das Ende von Planwirtschaft und Staatsinterventionismus kann jedoch keinesfalls nur von innen heraus erklärt werden. Die Mitte der 1970er Jahre einbrechenden Profitraten ließen die Zentren dieser Weltwirtschaft – die USA und Westeuropa (sowie Japan) – aggressiver auftreten: politisch-militärisch in Form von Aufrüstungsprogrammen und ökonomisch in Form von verstärkten Rationalisierungsbemühungen, die unter anderem im Rahmen der "Neuen Internationalen Arbeitsteilung" zu massiven Verlagerungen von Produktionsstätten an billigere Standorte führten, und vermehrter Kreditvergabe. Der verlorene Rüstungswettkampf des Warschauer Paktes und die Schuldenfalle für so manche Staaten in Osteuropa trugen zum Zusammenbruch des RGW bei.

Der dem kapitalistischen System eigene Verwertungsdruck erkannte unmittelbar nach 1989/91 die Chance auf Expansion, zumal er für genau dieses Szenario militärisch, wirtschaftlich, politisch und medial gekämpft hatte. Ein Ausgreifen westlicher Interessen in Richtung Osten war die unmittelbare Folge. Wirtschaftlich über Markterweiterung nach den Regeln von EG/EU und IWF/Weltbank, militärisch über die

NATO und politisch/rechtlich über die Einsetzung neuer Eliten und bürgerlicher Gesetzbücher. Mit all dem beschäftigt sich dieses Sonderheft.

Unterteilt wurde die Arbeit in drei Kapitel, die dem chronologisch-historischen Ablauf der Ereignisse folgen: dem Zerfall des RGW (bis 1991), der Transformationszeit (1991 – 2007) und dem neuerlichen Zusammenbruch im Zuge der Weltwirtschaftskrise (ab 2008).

### Krisentheorie

Empirisches Material überwiegt. Nichtsdestotrotz fließen immer wieder theoretische Überlegungen in das vorliegende Heft mit ein. Grundsätzlich gehe ich davon aus, dass Kapitalismus strukturell Krisen hervorruft. Nach vollbrachtem Wiederaufbau äußerte sich dieses Phänomen zuletzt Mitte der 1970er Jahre als Überproduktionskrise, der mit unterschiedlichen Mitteln begegnet wurde. Rationalisierungen technischer und betriebswirtschaftlicher Natur waren ebenso von Krisenüberwindungsstrategien getragen, wie – vor allem von Seiten der USA – eine militärkeynesianistische staatliche Nachfragepolitik, die Aufrüstung und Kriege mit sich brachte (und bringt). Dazu kam, dass Überproduktion und begrenzte Märkte die Renditen in der Produktionssphäre sinken ließen. Kapital sah sich wegen dieser dort sinkenden Profitrate dazu veranlasst, stärker in den Finanz- und Dienstleistungssektor zu investieren, was nach zwei Jahrzehnten im Herbst 2008 zum Platzen der Blase führte.

Interessanter Weise stimmt dieser Kreislauf mit den von Nikolai Kondratieff beschriebenen langen Wellen weitgehend überein. Kondratieffs mathematisch anmutende Zyklentheorie basiert auf der Annahme langer, ca. 50 bis 60 Jahre dauernder Konjunkturzyklen, die sich in eine A- bzw. Expansionsphase und eine B- bzw. Kontraktionsphase unterteilen. In einer solchen Zeitspanne erlebt die Weltwirtschaft eine Aufschwung- und eine Abschwungphase, wie sie Kondratieff seit Beginn der Industrialisierung – seit ca. 1780 – in seinem 1926 erschienenen berühmten Aufsatz<sup>3</sup> in drei Zyklen beschrieb. Der Börsen- und Wirtschaftskrach der 1920er-Jahre war für den russischen Ökonomen auf dieser Basis vorhersehbar. Weitergedacht stimmt die Periodisierung von Kondratieff mit der Weltsystemanalyse kritischer Ökonomen wie Andre Gunder Frank<sup>4</sup>, Giovanni Arrighi oder Immanuel Wallerstein überein, die seit Mitte der 1970er Jahre den Beginn eines markanten Abschwungs konstatieren. Wolfgang Dietrich<sup>5</sup> erinnert daran, dass sich die makroökonomischen Kondratieff-Zyklen und die sogenannten "Hegemonialzyklen" ergänzen, die den he-

1) Belarus: Auf halbem Weg zwischen Berlin und Moskau. In: Hannes Hofbauer, Mitten in Europa. Politische Reiseberichte aus Bosnien-Herzegowina, Belarus, der Ukraine, Transnistrien/Moldawien und Albanien. Wien 2006, S. 56-84

2) Hannes Hofbauer, EU-Osterweiterung. Historische Basis – ökonomische Triebkräfte – soziale Folgen. Wien 2007

3) Nikolai Kondratieff, Die langen Wellen der Konjunktur. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. 56, 1926, S. 573-609

4) Vgl. Andre Gunder Frank/Marta Fuentes-Frank, Widerstand im Weltsystem. Kapitalistische Akkumulation – staatliche Politik – soziale Bewegung. Wien 1990, S. 49ff.

5) Wolfgang Dietrich, Periphere Integration und Frieden im Weltsystem. Ostafrika, Zentralamerika und Südostasien im Vergleich. Wien 1998, S. 22ff.

gemonialen Aufstieg, Sieg, die Reife und den Abstieg der jeweils führenden Weltmacht in ca. 100-jährigen Wellen beschreiben. So hat der Aufschwung des Vereinigten Königreichs Anfang des 19. Jahrhunderts mit der "Pax Britannica" nach dem Sieg über Napoleon bis zu seinem Abstieg im Ersten Weltkrieg 100 Jahre lang gedauert. Die hegemoniale Ablöse durch die Vereinigten Staaten von Amerika erreichte 50 Jahre später mit dem Ende des Marshallplans und der Ausweitung ihres Einflusses in den drei südlichen Kontinenten ihren Höhepunkt. Das von kritischen Ökonomen bereits nach dem Ölschock 1973 prognostizierte "Ende des amerikanischen Jahrhunderts" hat sich dann noch – mit Hilfe staatsnachfragender Kriegspolitik im ersten Golfkrieg 1991 – wesentlich verlängert. Heute, mit der Krise 2008/2009, scheint sich dieser Hegemonialzyklus dem Ende zu nähern und seinem bereits langjährigen Finanzier, China, mit einem ostasiatisch-pazifischem Zyklus Platz zu machen.<sup>6</sup>

Nach Kondratieffs Theorie wäre das Ende des 4. Zyklus, den er freilich nicht mehr erlebt hat, ca. 1990 erreicht gewesen. Warum sich dieser Zyklus um fast zwei weitere Jahrzehnte verlängert hat, könnte folgendermaßen erklärt werden: Zum einen war es, wie erwähnt, die führende Weltmacht USA, die mit ihrem ersten Golfkrieg 1991 immense staatliche Summen in die Rüstung gepumpt hat, nicht zuletzt deshalb, um ihre schwindende Wirtschaftsmacht und extreme Verschuldung militärisch zu kompensieren – was freilich nur eine relativ kurze Zeit lang gut gegangen ist. Zum anderen war es den Global Players in Westeuropa möglich, den Zusammenbruch des Ostens 1989/1991 zu nützen, um ihre ebenfalls krisengeschüttelten Bilanzen qua Markterweiterung aufzubessern. Beides – US-Kriege und EU-Erweiterung – mag zur Verschiebung des Crashes beigetragen haben.

Wie immer man die langen Kontratoeffschen Wellen und die geopolitisch anmutenden hegemonialen Zyklen beurteilen mag (auch der Autor ist sich diesbezüglich nicht sicher), rhythmische Abschwünge mit extrem negativen Auswirkungen kennt das kapitalistische System seit seinem Bestehen, ob wir seinen Beginn nun mit der industriellen Revolution, im 16. Jahrhundert oder davor ansetzen. Insofern mag eine Systematisierung der Zyklen hilfreich sein oder zumindest zum Nachdenken anregen. Eines steht auf jeden Fall fest, ob das nun der Theorie der "langen Wellen" entspricht oder nicht, die zwischenzeitlich im Westen nach 1975 verdrängte Weltwirtschaftskrise war im Osten Europas beständig präsent.

Hannes Hofbauer  
Wien/Gmünd, im August 2009

6) Vgl. Andre Gunder Frank, Orientierung im Weltsystem. Von der Neuen Welt zum Reich der Mitte. Wien 2006